

„Haus der Bildung“

Hessen-Forum der SPD-Landtagsfraktion

Samstag, 1. September 2007

Rede der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Andrea Ypsilanti

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr herzlich darf ich Sie bei dem Hessen-Forum der SPD-Landtagsfraktion zu unserem „Haus der Bildung“ - dem Konzept der SPD zur Modernisierung des hessischen Schulsystems – hier in den Rhein-Main-Hallen in Wiesbaden begrüßen. Ich freue mich, dass Sie den Weg zu uns gefunden haben, um mit uns über dieses Konzept zu diskutieren.

Besonders möchte ich all diejenigen hier begrüßen, die sich bereit erklärt haben, als Experten aus der Wissenschaft und aus der Praxis sich an den Talkrunden zu beteiligen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Hessen vorn“

Dieser Slogan ist mit der Regierungszeit von Georg August Zinn unmittelbar verbunden. „Hessen vorn“ war nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung gemünzt, sondern auch auf eine fortschrittliche Sozial-, Bildungs- und Landesentwicklungspolitik, die auf die Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Teilen Hessens zielte. Symbol für diese „soziale Aufrüstung des Dorfes“ waren die Dorfgemeinschaftshäuser.

Die nächste Dimension des sozialen Ausgleichs in unserem Land ist die Bildungspolitik. Hier gilt es, dramatische Ungerechtigkeiten auszugleichen. Und so wie die Dorfgemeinschaftshäuser einst für eine ursozialdemokratische Gesellschaftspolitik standen, so soll das „Haus der Bildung“ in der kommenden Wahlperiode zum Markenzeichen einer ursozialdemokratischen Bildungspolitik der Chancengleichheit und Gerechtigkeit werden.

Wir wollen und wir werden Lehren aus PISA ziehen. Wir werden ernst nehmen, was uns die OECD, die Vereinten Nationen, aber auch nationale Bildungsberichte ins Stammbuch geschrieben haben: Eine grundlegende Reform des Schulsystems ist unumgänglich!

Ganz konkret für unser „Haus der Bildung“ heißt das, dass wir von einer neuen Grundphilosophie des Lehrens, wie wir sie auch aus Finnland beispielsweise kennen, überzeugen wollen:

„Kein Kind wird zurück gelassen.“

So einfach und gleichzeitig so weit reichend lautet unser Obersatz in der Bildungspolitik.

Meine Damen und Herren,

das „Haus der Bildung“ ist ein ganzheitliches Konzept. Es nimmt seinen Ausgangspunkt am Anfang der Bildungsbiographie, in den Kindertageseinrichtungen. Wir werden den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten stärken.

Dies werden wir auf der Grundlage des vorliegenden Bildungs- und Erziehungsplans machen. Allerdings muss auch dieser einer Überarbeitung unterzogen werden, um praxistauglicher zu werden.

Wir werden aber auch die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher verstärken, um die (Früh-) Pädagogen in die Lage zu versetzen, die neuen Aufgaben insbesondere in den Kindertageseinrichtungen erfolgreich zu erfüllen.

Ganz wichtig ist uns auch die Kooperation zwischen den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen. Für einen vernetzten Ansatz und um Kontinuität in der pädagogischen Arbeit von Kindertageseinrichtung und Grundschule herstellen zu können, müssen auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Koch hat dies bisher nicht geschafft. Er spricht zwar immer wieder von der Bedeutung des Bildungs- und Erziehungsplans, von der Bedeutung der frühen Förderung, wenn es um die Ausstattung geht, ist ihm dieser Bereich aber kaum etwas wert.

Wir werden das ändern. Bis zum Ende der Wahlperiode 2012 werden wir 7.000 zusätzliche Deputatsstunden für die Koordination und

Abstimmung gemeinsamer pädagogischer Konzepte bereitstellen. Damit wird es möglich sein, die notwendigen Arbeiten zu machen.

Darüber hinaus werden wir den Übergang zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule neu organisieren. Wir werden ebenfalls bis 2012 die Schuleingangsstufe flächendeckend einrichten. An allen Grundschulen wird es dann möglich sein, die ersten beiden Jahrgangsstufen in ein bis drei Jahren zu durchlaufen.

Damit können wir schon am Beginn der Grundschulzeit dem Prinzip des individuellen Lernens gerecht werden. Kinder, die dies brauchen, können sich mehr Zeit lassen und können mögliche Defizite ausgleichen. Dann können sie auf Dauer dem Lerntempo der Klasse Schritthalten. Wer früh fördert, gewinnt langfristig!

Dies bedeutet für uns auch, dass in allen der rund 5.000 Gruppen der Schuleingangsstufe neben der Lehrkraft eine zusätzliche pädagogische Kraft tätig sein wird. Wir werden die hierfür zur Verfügung stehenden Stellen auf insgesamt 2.500 bis zum Ende der Wahlperiode aufstocken (Gesamtausgaben hierfür 125 Mio. Euro).

Meine Damen und Herren!

Im „Haus der Bildung“ ist für alle Kinder Platz! Wir werden nicht auf die geöffnete Türe zeigen und die Kinder in den Regen schicken, wenn sie an der einen oder anderen Stelle Schwierigkeiten haben. Nein, wir werden dafür sorgen, dass jedes Kind die Zuwendung und Unterstützung erhält, die es braucht!

Ich rede hier von einem anderen Geist, der in Schulen einziehen muss und dem die Politik eine Chance geben muss. Denn wir wissen, dass viele Lehrerinnen und Lehrer sich diesem Grundprinzip verpflichtet fühlen. Herr Koch lässt den Schulen aber nicht die nötige Luft und die Eigenverantwortung, die gewünschten Förderkonzepte auch umzusetzen. Damit wird mit einer Regierung der SPD Schluss sein.

Und wenn in dem Haus der Bildung jedes Kind seinen Platz haben soll, so rede ich von einem gemeinsamen Lernen aller Kinder bis zur Jahrgangsstufe 10. Wir wollen keine Selektion, wir wollen Integration.

Herr Koch spricht gerne von einer Zwangseinheitsschule.

Das wollen wir nicht.

Vielmehr sagen wir „Ja“ zu einer vielfältigen Schule.

Wir sagen „Ja“ zur Vielfalt der Begabungen, Neigungen und Talente der Kinder.

Wir sagen „Ja“ zu einer Vielfalt der Persönlichkeiten, die ihren Raum brauchen, um sich zu entfalten.

Und dann wird es – logischer Weise – auch keine Abschulungen (wie das so schön heißt!) in diesen Schulen mehr geben.

Vielmehr werden wir auf individualisierten Unterricht setzen, auf individuelle Förderpläne. So wollen wir erreichen, dass alle Kinder im Lerntempo der Klasse erfolgreich Schritthalten können. Sitzenbleiben wird es damit auch nicht mehr geben.

Wir wollen, dass Schulgemeinden und Schulträger das Angebot annehmen, die modernsten und zukunftssträchtesten Schulen in Deutschland zu bekommen. Unser „Haus der Bildung“ wird wie jedes Haus von unten her gebaut. Eine solche Vorstellung ist natürlich einer Landesregierung fremd, die seit Jahren von oben herab dekretiert, um ihre Bildungspolitik zu erzwingen.

Mit uns wird es keinen staatlichen Zwang geben. Denn eine grundlegende Reform des Schulsystems kann sich nicht auf staatlichen Zwang gründen. Sie muss auf der Zustimmung der Beteiligten aufbauen. Das ist uns klar und das haben wir immer wieder gesagt. Wir erwarten, dass bis zum Jahr 2012, also zum Ende der Wahlperiode, jede dritte Schule diesen Weg zum Haus der Bildung aus eigenem Antrieb gegangen sein wird.

Vielmehr war es Herr Koch, der eine Form der „Zwangsganztagsschule“ eingeführt hat. Sie heißt G8. Die Verdichtung des Stoffes von 6 auf 5 Jahre in der gymnasialen Mittelstufe, führt an vielen Orten zu ganztägigem Unterricht, auf den weder die Schulen pädagogisch noch organisatorisch eingestellt sind und unter dem Kinder und Eltern zu leiden haben.

Wir wollen aber Kochs Zwangsganztagsschulen nicht. Deswegen wird die SPD wieder zu G9 zurückkehren.

Echte Ganztagsschulen sind die Schulen, die die Eltern für ihre Kinder wünschen. Vielleicht versteht Herr Koch es ja, wenn man es in die von ihm so gepflegte Wirtschaftsrhetorik fasst: Wir wollen endlich ein nachfrageorientiertes Angebot an Ganztagsschulen. Wir wollen nicht wie Herr Koch so tun als ob, sondern wir wollen wirklich!

Die Schulen, die sich zum „Haus der Bildung“ weiter entwickeln wollen, werden Ganztagschulen.

Meine Damen und Herren!

Ich habe überlegt, die CDU an dieser Stelle aufzufordern, endlich raus aus den alten Schützengräben zu kommen. Ich wollte ihr zurufen: Die 70er Jahre sind vorbei, das müssen Sie doch endlich mal merken. Aber wahrscheinlich hätte ich mit einem solchen Aufruf keinen Erfolg.

Für uns Sozialdemokraten sind die 70er Jahre vorbei. Wir gehen nicht ideologisch, sondern zukunftsorientiert auf der Basis erschütternder wissenschaftlicher Studien – wie der PISA-Studie – vor. Nicht die CDU!

„Hessen gibt allen Schülern beste Bildungschancen“. So oder so ähnlich vernehmen wir immer wieder Aussagen aus dem (noch amtierenden) Regierungslager. Diese aber entlarven sich beim näheren Hinsehen selbst.

Besonders deutlich wird dies bei den Versprechen von Unterrichtsgarantie und dem mit einem Plus versehenen Ableger derselben sein. Zu keiner Zeit ist es gelungen, den Unterricht nach Stundentafel abzudecken. Vielmehr sind 1.000 gestrichene Lehrerstellen in 2004 der Beweis dafür, dass sich diese Landesregierung mit eigenen Aussagen in der Öffentlichkeit nicht messen lassen kann.

Mit befristeten Verträgen versucht die Landesregierung dies zu verschleiern und schafft dadurch nicht nur Unsicherheit an den Schulen und bei den Eltern. Sie lässt es auch zu, dass Lehrkräfte unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen arbeiten müssen – arbeitslos am Ende eine Halbjahrs und im Ungewissen über ihre berufliche Perspektive!

Meine Damen und Herren!

Zur Unterrichtsgarantie plus. Nachdem alle statistischen Verschleierversuche an der Unzufriedenheit im Land nichts geändert haben, startete diese Landesregierung ihre Anti-Qualitätsoffensive und machte den Fachunterricht von allgemein bildenden Schulen zum Abenteuerplatz. Die Kritik von Eltern, Lehrkräften und Schülern bestätigt, dass die Landesregierung mit ihrem Lob für die Unterrichtsgarantie plus ganz allein da steht.

Wir werden die starren Richtlinien zur Unterrichtsgarantie plus (manche sagen zutreffend Unterrichtsgarantie MURKS) außer Kraft setzen. Die Schulen werden die zur Verfügung stehenden Mittel zur Bewirtschaftung in eigener Verantwortung erhalten. Dann können sie entscheiden – und das können sie besser als jeder andere – wie sie das Geld für die Sicherung eines verlässlichen Schultages einsetzen!

Meine Damen und Herren,

Die SPD will ernst machen:

1. Kein Kind wird zurück gelassen.
2. Individuelle Förderung statt Selektion, Abschulung und Sitzenbleiben
3. Ganztagschule statt Suppenküche
4. Förderung auch in kleinen Gruppen, statt Schulversagen

Das alles stellt die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer vor neue Aufgaben. Auf diese Aufgaben müssen sie einerseits in der Aus- und Fortbildung vorbereitet werden, andererseits müssen sich aber auch ihre Arbeitsbedingungen ändern.

Deswegen werden wir die Klassengrößen im Haus der Bildung auf höchstens 25 festschreiben.

Deswegen werden wir zusätzliche Ressourcen für Förderangebote auch in Kleingruppen breit stellen.

Schulen, die sich auf den Weg machen wollen, können ab Sommer 2008 auf der Grundlage ihres pädagogischen Konzepts Anträge stellen.

Schulen, die als offene Ganztagschule arbeiten wollen, erhalten einen 20-prozentigen Zuschlag zur Zuweisung.

Schulen, die als gebundene Ganztagschulen arbeiten wollen, erhalten einen 25-prozentigen Zuschlag zur Zuweisung.

Bis zum Ende der Wahlperiode werden wir die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel auf rund 100 Mio. Euro (das ist der Gegenwert von 2.000 Lehrerstellen) pro Jahr anwachsen lassen.

Meine Damen und Herrn!

Wer nun aufmerksam mitgerechnet hat, kommt auf ein Gesamtvolumen für die Schuleingangsstufe und die Finanzierung des Hauses der Bildung von 4.500 Stellen – 250 Stellen für die Kooperation zwischen Kindertagesstätte und Grundschule kommen hinzu. Diese Stellen müssen wir aber nicht alle neu schaffen. Etwa 2.000 davon befinden sich in unterschiedlichen Programmen bereits im System. Diese werden wir integrieren. Den Rest werden wir neu schaffen.

Meine Damen und Herren!

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der die Arbeitssituation der Lehrerinnen und Lehrer betrifft. Die Arbeitszeiterhöhung im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ aus dem Jahre 2004 – ich habe sie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt.

Wir werden als SPD die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern. Einige Punkte habe ich genannt. Dies wird die Arbeitssituation insgesamt verbessern und die Arbeitsbelastung insgesamt schon senken. Die Anzahl der Pflichtstunden ist ja bekanntlich nur ein Ausschnitt aus den vielfältigen Tätigkeiten, die eine Lehrerin oder ein Lehrer zu erledigen hat.

Aber wir haben auch stets gesagt, dass wir die Erhöhung der Arbeitszeit für Beamte auf 42 Stunden und die zusätzliche Pflichtstunde für die Lehrkräfte für grundsätzlich falsch halten.

Meine Damen und Herren!

Wir wollen deshalb die Lehrerarbeitszeit wieder reduzieren; das kostet eine Stange Geld. Und da ich mich nicht daran beteiligen werde, vor der Wahl alles zu versprechen und anschließend wenig zu halten – so kennen wir es von Herrn Koch – sage ich ganz klar dazu:

Dies wird nicht sofort nach Regierungsübernahme umzusetzen sein, aber – Schritt für Schritt – im Laufe der Legislaturperiode.

Dafür gibt es gute Gründe:

Gleichzeitig mehr Lehrer unterrichtswirksam an die Schulen bringen zu wollen und den durch die Verringerung der Arbeitszeit entstehende zusätzliche Bedarf an Lehrern zu decken, wird nicht möglich sein. Wir wissen, dass wir auf einen Lehrermangel zusteuern, in einigen Fächern haben wir ihn schon jetzt. Wir dürfen nicht in eine Situation kommen, in der die Kinder und Jugendlichen aufgrund eines plötzlich

auftretenden Lehrermangels den ihnen geschuldeten Unterricht nicht erhalten können.

Das macht deutlich, die zur Verfügung stehenden Ressourcen, sprich die Lehrerinnen und Lehrer aber auch die materiellen sind endlich. Deshalb müssen wir die zentralen und auch kostenintensiven Reformschritte in Stufen umsetzen.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich einen letzten Bereich in aller gebotenen Kürze ansprechen.

Wir wollen und wir werden auch die Weiterbildung und das lebensbegleitende Lernen aufwerten.

Lebensbegleitendes Lernen in öffentlicher Verantwortung hat die Aufgabe zur Gesamtentwicklung der Persönlichkeit und zum Abbau von Benachteiligungen in der Gesellschaft beizutragen. Die Teilnahme an Weiterbildung muss deutlich erhöht werden. Unser Ziel ist, allen Bürgern und Bürgerinnen den Zugang zu Bildung, Qualifikation und gesellschaftlicher Teilhabe und gleiche Chancen bei der Bildung zu gewährleisten. Besonderer Förderung bedürfen Personen, die keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, sich betrieblich oder durch die Agentur für Arbeit beruflich weiterzubilden. Dies gilt auch für Rückkehrer in das Berufsleben und für ältere Menschen. Dazu gehören unter anderem Angebote zur beruflichen Qualifizierung, der politischen Bildung, der kulturellen und sprachlichen Integration sowie zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit.

Wir werden daher die nach dem Weiterbildungsgesetz vergebenen Mittel, die insbesondere auch den Volkshochschulen als einem wichtigen Träger der Erwachsenenbildung zugute kommen, um 5 Mio. Euro aufstocken. Dies ist eine Verdopplung des status quo.

Meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen dargestellt, wie unsere Vorstellen für unser „Haus der Bildung“ sind. Zur Errichtung des „Hauses der Bildung“ brauchen wir einen erfahrenen Architekten.

Und ich freue mich sehr, dass Rainer Domisch dieser Architekt sein wird. Er ist Ihnen sicher bekannt. Nach dem hervorragenden Abschneiden Finnlands bei der PISA-Studie ist er dort der Ansprechpartner für das deutschsprachige Europa gewesen. Und er

wird in den kommenden Monaten eine feste Größe in der hessischen Schulpolitik werden, wenn er nach der Landtagswahl am 27. Januar nächsten Jahres als Kultusminister des Landes Hessen im meinem Kabinett den Aufbau des „Hauses der Bildung“ leiten wird.

Lieber Rainer Domisch: Herzlich Willkommen!

Meine Damen und Herren!

Die Zeit ist reif für eine Stärkung der Frühen Bildung
Die Zeit ist reif für Chancengleichheit und Gerechtigkeit
Die Zeit ist reif für das „Haus der Bildung“

Die Zeit ist reif für eine neue Bildungspolitik in Hessen!

Herzlichen Dank!